

Telefon: 089/233 - 92865
Telefax: 089/233 - 25911

Stadtkämmerei
SKA 2

**Haushalt 2021;
Corona-bedingte Zusatzaufwendungen und Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts
aus dem Eckdatenbeschluss 2021**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 01811

2 Anlagen

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.11.2020
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis		Seite
I.	Vortrag des Referenten	2
1.	Einleitung	2
2.	Anmeldungen der Referate	3
3.	Notlager	9
4.	Umsetzung Haushaltssicherungskonzept	12
II.	Antrag des Referenten	15
III.	Beschluss	17

I. Vortrag des Referenten

1. Einleitung

Die Beschlussvorlage gliedert sich in zwei Bestandteile.

Im ersten Teil (Abschnitt Nr. 1 bis Nr. 3) werden die geplanten corona-bedingten zusätzlichen Aufwände der Referate für das Jahr 2021 dargelegt und erläutert .

Im zweiten Teil (Abschnitt Nr. 4) wird die Umsetzung der im Eckdatenbeschluss 2021 (Haushaltsplan 2021 Eckdatenbeschluss VV 22.07. 2020 Nr. 20-26 / V 00527) beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dargestellt.

Corona-Krise

Die Corona-Krise hat in den letzten Monaten erheblichen Einfluss auf alle Lebensbereiche genommen. Auch für die Landeshauptstadt München hatte die Covid 19 Pandemie schwerwiegende Auswirkungen. In der gesamten Stadtverwaltung wurden seit März 2020 vielfältige, absolut notwendige Vorsichts- und Hygienemaßnahmen mit hohem Kostenaufwand umgesetzt.

Das Infektionsgeschehen hat in den letzten Wochen wieder stark zugenommen, so dass sich die Bayerische Staatsregierung zum einem „Lockdown Light“ entschieden hat. Ab Montag, den 02.11.20 gelten wieder strenge Regeln. Aus Expertensicht ist der Peak jedoch noch nicht erreicht. Um der Situation in dieser andauernden Pandemie entgegenzutreten, ist es notwendig sich für das kommende Jahr 2021 vorzubereiten.

Deshalb wurde in der Sitzung des SAE (Stab für Außergewöhnliche Ereignisse) am 17.08.2020 festgelegt, dass die Referate für einen eventuellen nochmaligen intensiven Corona-Ausbruch im Jahr 2021 die benötigten zusätzlichen Ausgaben planen bzw. zum Haushalt anmelden sollen (z.B. zusätzliche Hygienemaßnahmen bei Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, zusätzliche Laptops, Lizenzen, Software um Homeoffice zu ermöglichen).

Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes

Im Abschnitt 4. wird auf das Haushaltssicherungskonzept (Haushaltsplan 2021 Eckdatenbeschluss; Nr. 20-26 / V 00527, VV 22.07.2020) eingegangen und ein Vorschlag zur Umsetzung in 2021 dargelegt. Es wird vorgeschlagen, eine der aktuellen Lage angepassten Sparmaßnahmen umzusetzen. Im konsumtiven Bereich werden Einsparungen in Höhe von ca.138 Mio.€, in Personalbereich von ca. 70 Mio.€, also insgesamt ca. 208 Mio.€ als notwendig erachtet. Die prozentualen Einsparungen werden pro Referat dargestellt.

2. Anmeldungen der Referate

Die Stadtkämmerei forderte die Referate am 21.08.2020 auf, die zu diesem Zeitpunkt bekannten corona-bedingten zusätzlichen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 zu melden.

Eine direkte Kausalität zu den Auswirkungen aufgrund der Corona-Pandemie muss vorhanden sein, damit die Aufwendungen anerkannt werden können. Kann dieser Zusammenhang nicht hergestellt werden, weil sie z.B. einen längeren Zeithorizont als das Jahr 2021 umfassen, können diese Maßnahmen von der Stadtkämmerei nicht anerkannt werden.

Nicht anerkannt wurden außerdem zusätzliche Aufwendungen für Hygienemaßnahmen für die städtischen Beschäftigten, da davon ausgegangen wird, dass diese durch das Referatsbudget gedeckt werden können. Nicht abgelehnt, aber für den Nachtrag 2021 vorgemerkt wurden Maßnahmen, die in ihrer genauen Ausprägung und Höhe derzeit noch nicht valide vorliegen. Diese werden bei Bedarf im Jahr 2021 neu bewertet.

Die Referate haben Ende September 2020 corona-bedingte Bedarfe für den Haushalt 2021 mit einem Volumen von insgesamt 69.539.260 € (inklusive Mindereinnahmen) angemeldet, davon wurden 46.566.976 € von der Stadtkämmerei anerkannt.

Eine Übersicht der Anmeldungen der Referate und eine tabellarische Darstellung von allen Referaten (corona-bedingte Aufwendungen 2021 / angemeldete Bedarfe der Referate) liegen als Anlage dem Beschluss als Information bei.

Die Aufteilung auf die Referat stellt sich wie folgt dar:

Baureferat:

Das Baureferat meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe von 2.167 Tsd. € an.

Abgelehnt wurden Anmeldungen in Höhe von 334 Tsd.€ für dienststellenspezifische Hygienemaßnahmen. Diese sind grundsätzlich von den Referaten zu finanzieren (s.o.).

Anerkannt wurden zusätzliche Bestreifungen und die Reinigung von Grünflächen.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 1.832 Tsd. €.

Direktorium:

Das Direktorium meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe von 881 Tsd. € an.

Nicht abgelehnt aber zurückgestellt und für den Nachtrag 2021 vorgemerkt wurden 354 Tsd. €. Es handelt sich dabei um Mehraufwände (Mietkosten für große Räumlichkeiten) für die Durchführung von Bürgerversammlungen, Einwohnerversammlungen und BA-Sitzungen. Ferner wurde die Kapitalaufstockung für die Portal München Betriebs-GmbH & Co KG zurückgestellt und für den Nachtrag 2021 vorgemerkt.

Abgelehnt wurden Anmeldungen in Höhe von 37 Tsd. € im Bereich der Geschäftsausgaben für den Betrieb der Servicehotline Corona, die Beschaffung von Stoffmasken und Desinfektionsmaterial.

Anerkannt wurde die Anmeldung für die Anmietung von Räumlichkeiten für Stadtratsitzungen in Höhe von 490 Tsd. €.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 490 Tsd. €.

Kommunalreferat

Das Kommunalreferat meldete zusätzliche corona-bedingte Bedarfe in Höhe von 6.228 Tsd. € an.

Abgelehnt wurden Anmeldungen i.H.v. 115 Tsd. € für Zusatzaufwendungen für Hygienemaßnahmen, die grundsätzlich aus dem Referatsbudget zu finanzieren sind. Für zusätzliche Hygienemaßnahmen in der Bayernkaserne (Gebäude 8 und 22) wurden 66 Tsd. € anerkannt. Ebenfalls anerkannt wurden Zusatzreinigungen für Verwaltungs- und Betriebsgebäude, gem. Beschluss vom 22.07.2020 VV 20-26 / V00884 (Corona-Virus SARS-CoV-2; Ausweitung der Reinigung in Verwaltungs- und Betriebsgebäuden zum Schutz der Beschäftigten) i.H.v. 5.712 Tsd. €.

Nicht abgelehnt aber zurückgestellt für den Nachtrag 2021 wurden Stundungen und Benutzerentgeltminderungen in Höhe von 325 Tsd. €.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 5.788 Tsd. €.

Kreisverwaltungsreferat

Das Kreisverwaltungsreferat meldete zusätzliche corona-bedingte Bedarfe in Höhe von 4.159 Tsd. € an.

Abgelehnt wurden Anmeldungen in Höhe von 2.319 Tsd. €, die nicht den Kriterien der Abfrage nach corona-bedingten Aufwendungen für das Jahr 2021 entsprechen. Es handelt sich hierbei meist um Maßnahmen, die keinen direkten Bezug zur Corona-Pandemie haben und eine dauerhafte Ausweitung darstellen (Ausbau BOS-Geoinformationssystem, Erhöhung der Sicherheitsleistungen bei wenigen Besucher*innen etc.).

Anerkannt wurden die zusätzlichen Aufwendungen für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 (825 Tsd. €), wobei hier Kostenerstattungen i.H.v. 245 Tsd. € enthalten sind. Auch anerkannt wurden Coronatestungen für die Mitarbeiter*innen im Schlachthof i.H.v. 60 Tsd. € und die Einrichtung und der Betrieb eines Notfalllagers für corona-bedingte medizinische Produkte in Höhe von 955 T€ (siehe Punkt 3)

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 1.840Tsd. €.

Kulturreferat

Das Kulturreferat meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe von 4.964 Tsd. € an.

Die beantragten Aufwände (Anpassung der Betriebszuschüsse 2021 für die Deutsche Theater Betriebs-GmbH, die Münchener Volkstheater GmbH, die Pasinger Fabrik GmbH und die Münchener Kammerspiele) wurden anerkannt.

Im Ergebnis ergibt sich eine Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 4.964 Tsd. €.

Mobilitätsreferat

Das Mobilitätsreferat meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen i.H.v. 35 Tsd. € für Arbeits- und Gesundheitsschutz für das Jahr 2021 an. Diese wurden anerkannt, da aktuell durch die Neugründung noch kein Budget dafür im Teilhaushalt enthalten ist.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 35 Tsd. €.

Personal-und Organisationsreferat

Das Personal-und Organisationsreferat meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe 361 Tsd. € an.

Die Aufwendungen von Mund- und Nasenbedeckungen und Desinfektionsmittel für das eigene Referat in Höhe von 61 Tsd. € müssen grundsätzlich durch das Referat finanziert werden und wurden deshalb nicht anerkannt.

Anerkannt wurden Aufwendungen für die Vergabe von amtsärztlichen Untersuchungen (gesamtstädtisch) an Externe in Höhe von 300 Tsd. €.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 300 Tsd. €.

Referat für Arbeit und Wirtschaft

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe 13.272 Tsd. € an.

Nicht abgelehnt aber zurückgestellt und für den Nachtrag vorgemerkt wurden

7.470 Tsd. €. Es handelt sich hierbei um die Erhöhung des Betriebsmittelbedarfs der Olympiapark München GmbH und der Gasteig München GmbH. Im laufenden Jahr ist abzuwarten, wie sich der tatsächlich Bedarf darstellt.

Die übrigen Maßnahmen in Höhe von 4.627 Tsd. € haben entweder keinen unmittelbaren Bezug zur Corona-Pandemie oder zum Abfragezeitraum 2021 (z.B. Einrichtung eines Kongressfonds mit 1.318 Tsd. €).

Anerkannt wurden 35 Tsd. € für Desinfektionsmittel in den Tourist-Informationsstellen und 1.140 Tsd. € für den corona-bedingten Mehraufwand des Münchner Tierparks Hellabrunn.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 1.175 Tsd. €.

Referat für Bildung und Sport

Das Referat für Bildung und Sport meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe von 13.156 Tsd. € an.

Nicht abgelehnt, aber zurückgestellt und für den Nachtrag 2021 vorgemerkt wurden evtl. Mindereinnahmen in Höhe von 794 Tsd. € bei Schullandheimen bei einer möglichen Schließung der Einrichtung und Mehrausgaben für einen zweiten Sicherheitsdienst zum geregelten Ablauf im Parteiverkehr sowie für amtsärztliche Untersuchungen.

Nicht anerkannt wurden Anmeldungen in Höhe von 1.213 Tsd. € für dienststellen-spezifische Hygienemaßnahmen. Diese sind grundsätzlich von den Referaten zu finanzieren.

Anerkannt wurden 11.149 Tsd. € für erhöhte Gebäudereinigung (7.710 Tsd. €), Umzugs- und Transportkosten (Bestückung von Turnhallen mit Mobiliar) bzw. die Anmietung von großen Sälen zur Einhaltung der Abstandsregelung bei zentralen Prüfungen, amtsärztliche Untersuchungen, Beschaffung von Co2-Messgeräten und Aufwendungen für Vertretungslehrkräfte (41,44 VZÄ).

Bei den Kosten für die Co2 -Messgeräte ist mit einer Förderung vom Freistaat Bayern zurechnen. Ein genauer Betrag kann zu diesem Zeitpunkt nicht benannt werden.

Die Vertretungslehrkräfte (41,44 VZÄ), springen für Kolleginnen und Kollegen ein, die zu den Risikogruppen bzgl. des Covid 19 Virus gehören, und somit keinen Präsenz-

unterricht abhalten können. In Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat wird der Bedarf dem Grunde nach anerkannt.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 11.149 Tsd. €.

Referat für Gesundheit und Umwelt

Das Referat für Gesundheit und Umwelt meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe 10.766 Tsd. € an.

Anerkannt wurden Zusatzaufwendungen der Hautabteilung Gesundheitsschutz (3.732 Tsd. €) und für den Weiterbetrieb der Corona-Teststation auf der Theresienwiese (6.715 Tsd. €). Bei den Kosten für die Corona-Teststation ist darauf hinzuweisen, dass vom Freistaat Bayern Richtlinien für eine Erstattung dieser Leistungen geplant sind. Die Höhe des möglichen Erstattungsbetrags kann jedoch noch nicht benannt werden.

Nicht anerkannt wurden Aufwendungen für zusätzliche Juristen bei der Referatsleitung und Zusatzaufwendungen bei den Städtischen Friedhöfen (Gebührenrechner) in Höhe von 319 Tsd. €.

Im RGU wurden 50 VZÄ beantragt. Von diesen 50 Stellen sind 30 Stellen befristet, die bis 31.12.2021 weiter verlängert werden sollen. Für weitere 20 Stellen wurde vom RGU darüber hinaus Bedarf angemeldet. Ziel ist die allgemeine Stärkung des Gesundheitswesens, vor allem durch zur Verfügungstellung von zusätzlichem ärztlichen und medizinischen Fachpersonal.

Die Anmeldung wurde mit dem POR abgestimmt und dem Grunde nach anerkannt.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 10.447 Tsd. €.

IT-Referat

Das IT-Referat meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe 9.941 Tsd. € an.

Nicht anerkannt wurden die Aufwendungen die für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs in der Phase der Teilung des Referats für Gesundheit und Umwelt in Höhe von 1.395 Tsd. € angemeldet wurden, da diese insbesondere im Umsetzungsbeschluss behandelt werden.

Anerkannt wurden Aufwendungen für zusätzliche Arbeitsplatzleistungen (z.B mobile Arbeitsplatzausstattung), Telekommunikationsleistungen und den Ausbau der Infrastruktur bei it@m und für die Absicherung der Wahlen 2021 in Höhe von 8.546 Tsd. €.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 8.546 Tsd €.

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung meldete zusätzliche coronabedingte Aufwendungen in Höhe 469 Tsd. € an.

Bei den beantragten Maßnahmen handelt es sich um Hygienemaßnahmen, die aus dem Referatsbudget zu tragen sind und Maßnahmen, die keinen direkten Bezug zum Katastrophenfall Corona-Pandemie haben (Mehrbedarfe bei Beteiligungsverfahren) und deshalb nicht anerkannt wurden.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 0 €.

Sozialreferat

Das Sozialreferat meldete zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen in Höhe 3.139 Tsd. € an.

Nicht abgelehnt, aber für den Nachtrag 2021 vorgesehen wurden Aufwendungen in Höhe von 800 Tsd. €, soweit sich der Bedarf noch konkretisiert. Es handelt sich hierbei um grob geschätzte Aufwendungen für die Betreuung von Obdachlosen und um Mehraufwand bei Wohnungsprojekten für Flüchtlinge (Sicherheit, Verpflegung).

Abgelehnt wurde ein Betrag von 2.339 Tsd. €.

Dabei handelt es sich um Sachverhalte, die grundsätzlich vom Referatsbudget zu finanzieren sind (z.B. Hygieneartikel, Desinfektionsmaterial, Erarbeitung von Hygienekonzepte, kurzfristige Notunterbringung) in Höhe von 1.437 Tsd. €. Die Mehraufwendungen bei den Freien Trägern sind durch einen ggf. neu kalkulierten höheren Tagesatz zu finanzieren (340 Tsd. €). Daneben sind Aufwendungen beantragt bei denen die direkte Kausalität zum Katastrophenfall nicht festzustellen ist (Mehraufwendungen für Fortbildungen während der Pandemie, Mehraufwendungen für sozialen Mittagstisch, zumal Aufwendungen diesbezüglich an anderer Stelle entfallen und der Bedarf damit kompensiert werden kann) in Höhe von 562 Tsd. €.

Im Ergebnis entspricht dies einer Gesamtbelastung für den Haushalt in Höhe von 0 €.

Fazit:

Stadtweit wurden 69.539.260€ als zusätzliche corona-bedingte Aufwendungen beantragt. Nach Bewertung der Stadtkämmerei und nach Rücksprachen mit den Referaten können Anmeldungen in Höhe von 46.566.976 € anerkannt werden. Darin enthalten sind 91,44 VZÄ für die im Abschnitt RGU und RBS benannten Bedarfe.

3. Notlager

In der Corona-Pandemie Anfang 2020 wurden weltweit Ressourcen an notwendiger Schutzausstattung für medizinisches und nichtmedizinisches Personal knapp. Lieferketten waren durch den initialen Ausbruch im Hauptproduktionsland China für Artikel wie Schutzmasken, Pflegekittel, Schutzanzüge oder Einmalhandschuhe unterbrochen.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, dass im Falle eines derartig überregionalen Ereignisses Lieferketten schnell abbrechen können und auch nicht die ausreichende Menge an verschiedenem Verbrauchsmaterial zeitgerecht zur Verfügung steht, hat der Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) die Verwaltung beauftragt ein Konzept für den Betrieb eines Notlagers bei der LHM zu erarbeiten und dem Stadtrat in einer Beschlussvorlage im Herbst 2020 vorzulegen.

Unter der Leitung des Kreisverwaltungsreferats – HA IV Branddirektion und Beteiligung des Referats für Gesundheit und Umwelt, des Kreisverwaltungsreferats - Veterinäramt, des Sozialreferats, des Direktoriums - Vergabestelle, der Stadtkämmerei und der München Kliniken gGmbH (MüK) hat die AG Notlager ein entsprechendes Konzept dazu erarbeitet.

Die München Klinik hat sich dankenswerter Weise bereit erklärt, einen solchen Lagerbestand zusätzlich vorzuhalten und bei Bedarf abzugeben. Dies hat folgende Vorteile:

- Es sind nur handelsübliche Artikel, die im Warensortiment der MüK vorhanden sind.
- Die MüK hat große Erfahrung bei der Beschaffung, der Qualitätskontrolle, der Lagerung und Distribution dieser Materialien.
- Die MüK verfügt über ausreichend Lagerflächen zur Aufnahme der zusätzlichen Mengen.
- Die Artikel unterliegen Haltbarkeitsfristen. Da sie in der fortlaufenden Umwälzung der MüK sind, spielt ein mögliches Ablaufdatum der Artikel keine Rolle. Damit ist ein Überlagern oder im Endeffekt die Entsorgung der Materialien obsolet.
- Das Warenwirtschaftssystem der MüK kann diese Artikel verwalten.
- Eine Kommissionierung der Ware erfolgt bei der MüK, wobei im Krisenfall eine Zuschaltung von Personal der LHM (z.B. wieder durch PEIMAN) ohne weiteres erfol-

gen kann. Somit kann eine Skalierbarkeit bei einem steigenden Bedarf sichergestellt werden.

Bei dieser Lösung entstehen für die LHM für die Vorhaltung des Notfalllagers folgende Kosten:

- Einmalige Kosten für die Erstanschaffung des Materials (930 Tsd. €).
- Mietkosten (dauerhaft) für den notwendigen Lagerstellplatz, der durch die MüK zusätzlich angemietet werden muss (7€/m² für 300m² Lagerfläche = 25.200 € jährlich). Die MüK beschafft im Auftrag und auf Rechnung der LHM alle gelisteten Artikel und lagert diese physisch sowie systemtechnisch getrennt im Notfalllager der MüK als „Notlager LHM“ ein.
- Ggf. Kosten der Logistik, Bereitstellung, Verwaltung und ggf. sogar Lieferung in geringem Umfang. Diese könnten ganz oder teilweise entfallen, wenn im Krisenfall personelle Unterstützung durch die LHM erfolgt.
- Keine Kosten für die Entsorgung von abgelaufenem Material.

Die Rechtsabteilung des Direktoriums wurde gebeten Stellung zu nehmen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übertragung einer solchen Lagerführung an die MüK vergeben werden kann. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass einer entsprechenden Vereinbarung keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen.

Die erforderlichen Materialien wurde zusammen mit den Bedarfsträgern festgelegt und die Menge auf eine Nutzungsdauer im Pandemie- oder Tierseuchenfall von 8 Wochen ausgelegt.

Dabei wurde klargestellt, dass der Bedarf von persönlicher Schutzausstattung zum Zweck des Arbeitsschutzes und zur Bevorratung nach den örtlichen Pandemieplänen der Referate nicht berücksichtigt wird und durch die Organisationseinheiten selbst zu beschaffen ist.

Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten		46.566.976 € in 2021	
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	,--	5.904.426 € in 2021	
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**	,--	34.188.450 € in 2021	
Transferzahlungen (Zeile 12)		6.104.000 € in 2021	
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	,--	445.100 € in 2021	
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente		91,44	

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten; Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Erlöse im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Erlöse	,--	245.000 € in 2021	
Summe der zahlungswirksamen Erlöse	,--	245.000 € in 2021	
davon:			
Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Zeile 6)	,--	245.000 € in 2021	

4. Umsetzung Haushaltssicherungskonzept

Am 22.07.2020 wurde in der Vollversammlung im Rahmen des Eckdatenbeschlusses (Haushaltsplan 2021 Eckdatenbeschluss; Nr. 20-26 / V 00527) festgelegt, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage die konsumtiven Auszahlungen um mindestens 240 Mio.€ bis zur Einbringung des Haushaltes 2021 zu reduzieren sind, um die Handlungsfähigkeit und die dauernde Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt zu sichern. Unter Antragsziffer Nr. 3 wurde beschlossen: „Die Stadtkämmerei und das Personal- und Organisationsreferat werden beauftragt, zur Erstellung des Haushaltsentwurfs 2021 zusammen mit den beteiligten Referaten die konsumtiven Auszahlungen bis zur Einbringung des Haushaltes um mindestens 240 Mio. € zu kompensieren. Dabei sind lediglich Maßnahmen zu wählen, welche sich nicht negativ auf das Entgelt bzw. die Besoldung der Beschäftigten auswirken.“

Die Stadtkämmerei schlägt in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat auf Basis der vorliegenden Haushaltsdaten eine Reduzierung der Personalkosten um 70 Mio.€ und eine Reduzierung der Sachkosten um 138 Mio. €, also eine einmalige Einsparung von insgesamt von 208 Mio.€ vor.

In Anbetracht der derzeitigen volatilen Wirtschaftslage, die durch den Corona-Virus verursacht ist, erscheint ein Sparen mit „Augenmaß“ angebracht. Um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Aufgabenerfüllung weiter zu erhalten, erscheint es vertretbar, abweichend von der im Eckdatenbeschluss vorgegebenen Summe, eine Einsparung um 208 Mio.€ vorzuschlagen.

Die Sachkostenreduzierung um 6,5% soll analog des Haushaltssicherungspaketes 2020 umgesetzt werden. Es handelt sich um einen Betrag von 138.183.766 €, der ausschließlich disponible Sachkosten betrifft. Als Berechnungsbasis für diese Zahlen dienen die Werte aus dem Haushaltsplanentwurf 2021.

Unter disponiblen Sachkosten (Budget) versteht man geplante Kosten, die weder durch Verträge, gesetzliche Vorgaben oder durch sonstige Verpflichtungen zum jetzigen Zeitpunkt für die Zukunft gebunden sind. Dies beinhaltet z.B. insbesondere Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (wie lfd. Betriebskosten und Unterhaltsmaßnahmen), Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (z.B. Projektkosten) und freiwillige Transferauszahlungen (u.a. Zuschüsse).

Bei der Kalkulation der Personalkosten wurden die Bereiche Schulen, Kindertagesstätten, Feuerwehr, Ausbildung sowie der gebührenrechnenden Einrichtungen mit 100%-iger Kostendeckung von einer Reduzierung ausgenommen. Die insgesamt 70 Mio. € wurden unter Berücksichtigung der Ausnahmen gleichmäßig auf die Teilhaushalte verteilt. Diese Anpassung entspricht in den betroffenen Produkten einer Reduzierung von rund 6 %.

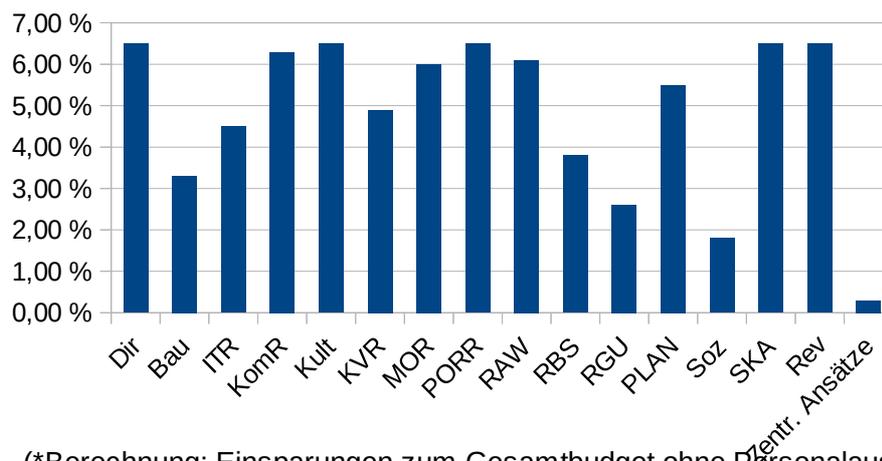
Einsparungen der Referate:

Die derzeitigen geplanten Einsparungen bei den Sachkosten und bei den Personalkosten teilen sich wie folgt auf:

Referat	Einsparung auf disponibles Sachmittelbudget	Einsparung Personalkosten auf einzusparende Personalkostenbeiche	Summe Einsparungen
Baureferat	11.633.618 €	10.522.555 €	22.156.173 €
Direktorium	1.438.770 €	1.599.578 €	3.038.348 €
Kommunalreferat	14.703.995 €	3.507.741 €	18.211.736 €
Kreisverwaltungsreferat	2.693.847 €	2.444.873 €	5.138.720 €
Kulturreferat	11.448.249 €	4.232.643 €	15.680.892 €
Mobilitätsreferat	558.285 €	1.485.944 €	2.044.229 €
Personal- und Organisationsreferat	2.213.757 €	9.983.119 €	12.196.876 €
Referat für Arbeit und Wirtschaft	9.584.075 €	583.807 €	10.167.882 €
Referat für Bildung und Sport	35.493.335 €	12.413.915 €	47.907.250 €
Referat für Gesundheit und Umwelt	2.445.679 €	2.405.783 €	4.851.462 €
Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik	13.364.527 €	781.777 €	14.146.304 €
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	1.245.554 €	3.430.966 €	4.676.520 €
Revisionsamt	8.151 €	383.542 €	391.693 €
Sozialreferat	21.583.225 €	13.899.588 €	35.482.813 €
Stadtkämmerei	6.932.075 €	2.324.496 €	9.256.571 €
zentrale Ansätze Kommunalreferat	2.836.624 €		2.836.624 €
Summe	138.183.766 €	70.000.327 €	208.184.093 €

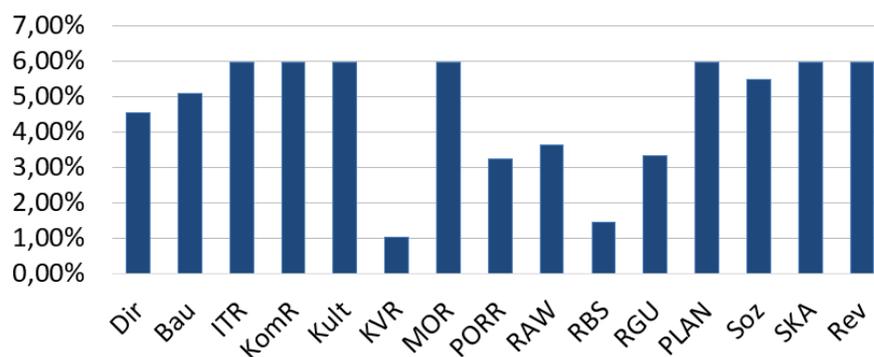
Die Verteilung der Konsolidierungssumme Sachkosten im Verhältnis zum jeweiligen Teilhaushaltsbudget stellt sich wie folgt dar:

Konsolidierungsbeitrag der Referate in %*



(*Berechnung: Einsparungen zum Gesamtbudget ohne Personalauszahlungen)

Die Verteilung der Konsolidierungssumme bei Personalkosten im Verhältnis zum jeweiligen Teilhaushaltsbudget stellt sich wie folgt dar:



Anmerkungen: Ausbildung nicht enthalten, deswegen POR -Werte niedrig; Feuerwehr und Schulen / KITA nicht enthalten deswegen RBS und KVR -Werte niedrig.

Die Einsparungen werden im Schlussabgleich zum Haushalt 2021 auf Zeilenebene dargestellt. Die detaillierte Umsetzung dieser Einsparungen wird in den jeweiligen Fachausschüssen im ersten Quartal 2021 durch die Referate in einer gesonderten Vorlage dargelegt.

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA – Satzung).

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Stadtrat Dr. Florian Roth und die Verwaltungsbeirätin der Stadtkämmerei – SKA 2 – Haushalt, zentrales Rechnungswesen Frau Stadträtin Anne Hübner haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

Eine fristgerechte Vorlage nach Nr 5.6.2 der AGAM war wegen umfangreicher verwaltungsinterner Abstimmung nicht möglich.

II. Antrag des Referenten

1. Von den Ausführungen im Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadtkämmerei wird beauftragt die einmalig erforderlichen konsumtiven Sachmittel für die zusätzlichen Aufwendungen für Corona i.H.v. 40,522 Mio.€ in den Schlussabgleich für den Haushalt 2021 aufzunehmen. Davon entfallen auf
 - das Baureferat 1,832 Mio.€
 - das Direktorium 0,490 Mio.€
 - das Kommunalreferat 5,788 Mio.€
 - das Kulturreferat 4,964 Mio.€
 - das Kreisverwaltungsreferat 1,840 Mio. €
 - das Mobilitätsreferat 0,035 Mio.€
 - das Personal- und Organisationsreferat 0,300 Mio.€
 - das Referat für Arbeit und Wirtschaft 1,175 Mio.€
 - das Referat für Bildung und Sport 8,545 Mio.€
 - das Referat für Gesundheit und Umwelt 7,007 Mio. € (ohne Arbeitsplatzkosten von 140.000 €)
 - das IT-Referat 8,546 Mio.€
 - das Personal- und Organisationsreferat - Zentrale Ansätze 140.000 € Arbeitsplatzkosten.
3. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, die einmalig erforderlichen investiven Auszahlungsmittel i.H.v. 30.000 € in den Schlussabgleich für den Haushalt 2021 im Teilhaushalt des Direktoriums aufzunehmen.
4. Die München Klinik gGmbH (MüK) wird beauftragt, für die Landeshauptstadt München (LHM) ein Notlager für Verbrauchsmaterial im Pandemie- oder Tierseuchenfall einzurichten und zu betreiben.
5. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, im Teilhaushalt der zentralen Ansätze des Personal- und Organisationsreferats die erforderlichen Personalauszahlungen i.H.v. 5,904 Mio.€ für insgesamt 91,44 VZÄ in den Schlussabgleich für den Haushalt 2021 aufzu-

nehmen. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Personalmittel für insgesamt 91,44 VZÄ im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanung 2021 auf das Referat für Bildung und Sport (41,44 VZÄ) und das Referat für Gesundheit und Umwelt (50 VZÄ) umzuschichten.

6. Die betroffenen Referate werden beauftragt, die Einrichtung von 91,44 Stellen und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 2,361.Mio.€ (40% des JMB).
7. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit, wie in folgender Tabelle dargestellt, die Reduzierung der Auszahlungsansätze der disponiblen Ansätze im Haushaltsplan 2021 mit den betroffenen Referaten umzusetzen.

Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Bereich der Personalauszahlungen, wie in folgender Tabelle dargestellt, die Reduzierung der Auszahlungsansätze im Haushaltsplan 2021 umzusetzen.

Referat	Einsparung auf disponibles Sachmittelbudget	Einsparung Personalkosten auf einzusparende Personal-kostenbeiche	Summe Einsparungen / Reduzierungen
Baufreferat	11.633.618 €	10.522.555 €	22.156.173 €
Direktorium	1.438.770 €	1.599.578 €	3.038.348 €
Kommunalreferat	14.703.995 €	3.507.741 €	18.211.736 €
Kreisverwaltungsreferat	2.693.847 €	2.444.873 €	5.138.720 €
Kulturreferat	11.448.249 €	4.232.643 €	15.680.892 €
Mobilitätsreferat	558.285 €	1.485.944 €	2.044.229 €
Personal- und Organisationsreferat	2.213.757 €	9.983.119 €	12.196.876 €
Referat für Arbeit und Wirtschaft	9.584.075 €	583.807 €	10.167.882 €
Referat für Bildung und Sport	35.493.335 €	12.413.915 €	47.907.250 €
Referat für Gesundheit und Umwelt	2.445.679 €	2.405.783 €	4.851.462 €
Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik	13.364.527 €	781.777 €	14.146.304 €
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	1.245.554 €	3.430.966 €	4.676.520 €
Revisionsamt	8.151 €	383.542 €	391.693 €
Sozialreferat	21.583.225 €	13.899.588 €	35.482.813 €
Stadtkämmerei	6.932.075 €	2.324.496 €	9.256.571 €
zentr Ansätze Kommunalreferat	2.836.624 €		2.836.624 €
Summe	138.183.766 €	70.000.327 €	208.184.093 €

8. Die Referate werden beauftragt, im ersten Quartal 2021 die jeweiligen Fachausschüssen mit der detaillierten Umsetzung dieser Einsparungen zu befassen.
9. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Christoph Frey
Stadtkämmerer

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei SKA 1.2
an das Personal- und Organisationsreferat- P3
z. K.

V. Wv. Stadtkämmerei SKA 2

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Direktorium
An das Baureferat
An das Kommunalreferat
An das Kreisverwaltungsreferat
An das Kulturreferat
An das Mobilitätsreferat
An das Personal- und Organisationsreferat
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
an das Referat für Bildung und Sport
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
An das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik
An das Referat für Stadtplanung und Umwelt
An das Sozialreferat
An die Stadtkämmerei
An den Gesamtpersonalrat

Diese Beschlussvorlage wird gleichzeitig an den Stadtrat und an die Referate verteilt.

Am.....

Im Auftrag